

## Weisung des Stadtrats von Zürich an den Gemeinderat

vom 17. Mai 2017

### **Immobilien Stadt Zürich, Liegenschaft Röschibachstrasse 24/26, Quartier Wipkingen, Instandsetzung und Umbau für das Sozialzentrum Hönggerstrasse, Erhöhung Projektierungskredit**

#### **1. Zweck der Vorlage**

Mit Gemeinderatsbeschluss Nr. 4790 vom 12. März 2014 erwarb die Stadt die Gewerbe- und Wohnliegenschaft Röschibachstrasse 24/26 im Quartier Wipkingen für 34,7 Millionen Franken von der Zürcher Kantonalbank (GR Nr. 2013/413). Das Gebäude, das mehrheitlich Büroflächen aufweist, soll das Sozialzentrum Hönggerstrasse (künftig Sozialzentrum Wipkingerplatz) aufnehmen und so die Aufgabe der heutigen Fremdmiete von jährlich Fr. 750 000.– an der Hönggerstrasse 24 ermöglichen. Ergänzend werden die Zentrale Abklärungs- und Vermittlungsstelle (heute an der Strassburgstrasse 5), die Zentralen Rückerstattungen (heute Verwaltungszentrum Werd) und die Mütter- und Väterberatung (heute Wipkingerplatz 5) das Gebäude belegen. Zudem soll das Quartiersteam Affoltern, das heute dem Sozialzentrum Dorflinde angegliedert ist, in den Zuständigkeitsbereich des Sozialzentrums Wipkingerplatz verschoben werden.

Vor dem Bezug des Gebäudes durch das Sozialzentrum sind Instandsetzungs- und Umbaumasnahmen zu treffen und die Räume auszustatten. Der Café-/Restaurantbetrieb im Erdgeschoss (EG) soll aufgehoben und die Fläche dem Sozialzentrum zur Nutzung zugeordnet werden. Im 2. und 3. Untergeschoss (UG) sind für den Wohnbereich sowie für eine städtische Drittnutzung Lagerflächen bereitzustellen. Die Bereiche der Parkierung werden instand gesetzt und den aktuellen Anforderungen angepasst. Einzelne Instandsetzungsarbeiten, insbesondere im Bereich der Gebäudetechnik und der Gebäudehülle, betreffen auch den Wohnbereich.

Für die Ausarbeitung eines Bauprojekts hat der Stadtrat am 30. März 2016 einen Projektierungskredit von Fr. 1 750 000.– bewilligt (STRB Nr. 251/2016). Dem Gemeinderat wird eine Erhöhung des Projektierungskredits um Fr. 1 850 000.– auf Fr. 3 600 000.– beantragt. Die inzwischen erfolgte Zustandsanalyse und die raumstrategische Planung zeigten auf, dass für eine langfristige und nutzungsflexible Nutzung der Verwaltungsräume mit einem grösseren Eingriffssperimeter geplant werden soll. Die späteren Erstellungskosten (Zielkosten) werden – Stand Kostengrobschätzung – auf rund 28 Millionen Franken (ohne Reserven, einschliesslich Mehrwertsteuer) veranschlagt. Einschliesslich Reserven und Übertragungskosten wird der Gemeinde voraussichtlich im 3. Quartal 2019 ein Objektkreditantrag von etwa 68 Millionen Franken unterbreitet.

#### **2. Ausgangslage**

Die Sozialen Dienste der Stadt Zürich organisieren die ambulanten Dienstleistungen in den Bereichen der Sozialhilfe, der Kinder- und Jugendhilfe und der zivilrechtlichen Mandatsführung sowie den Fachsupport in fünf regionalen Sozialzentren. Das Sozialzentrum für die Quartiere Unterstrass, Oberstrass, Wipkingen und Höngg ist seit 2003 in einer Privatliegenschaft an der Hönggerstrasse 24 mit einem Netto-Mietzins von Fr. 749 256.– pro Jahr eingemietet. Der Mietvertrag ist befristet und läuft 2018 aus (mit einer Option für eine weitere fünfjährige Verlängerung). Da die Liegenschaft instandsetzungsbedürftig ist und die städtische Raumstrategie vorsieht, Verwaltungseinheiten möglichst in stadt eigenen Liegenschaften unterzubringen, trat die Stadt im Frühjahr 2013 in Verhandlungen mit der Zürcher Kantonalbank für den Erwerb des Wohn- und Geschäftshauses an der Röschibachstrasse 24/26. Im März 2014 bewilligte der

Gemeinderat den Kauf des Objekts ins Finanzvermögen der Liegenschaftenverwaltung zu einem Preis von 34,7 Millionen Franken (GR Nr. 2013/413).

Während der Wohnungsteil im Portfolio der Liegenschaftenverwaltung verbleibt, sollen der Bürotrakt sowie die Bereiche des Cafés / Restaurants in das Verwaltungsvermögen der Immobilien Stadt Zürich überführt und als Büroräume für die Stadtverwaltung genutzt werden. Geplant ist, dass das Bürogebäude als Standort für das künftige Sozialzentrum Wipkingerplatz dienen soll. Das Objekt liegt im Zentrum des Sozialraums, der durch das Sozialzentrum bedient wird, ist verkehrstechnisch gut erschlossen und daher für die Klientinnen und Klienten sehr gut erreichbar.

### **3. Sozialzentrum Hönggerstrasse**

Das Sozialzentrum Hönggerstrasse bietet eine umfassende soziale Grundversorgung für die Bewohnerinnen und Bewohner der Kreise 6 und 10. Die rund 150 Mitarbeitenden kümmern sich um die Kinder- und Jugendhilfe, die gesetzliche Betreuung und Vertretung im Rahmen einer zivilrechtlichen Massnahme sowie um die Existenzsicherung der Sozialhilfe. Ebenso im Sozialzentrum Hönggerstrasse angesiedelt ist das Fachressort Wirtschaftliche Hilfe mit den zugeordneten gesamtstädtischen Angeboten, der Alimentenstelle, der Zentralen Rückerstattung und der Zentralen Abklärungs- und Vermittlungsstelle.

Das Sozialzentrum Hönggerstrasse belegt heute insgesamt 150 Arbeitsplätze, davon 114 im Stammhaus an der Hönggerstrasse 24. Die Mütter- und Väterberatung mit sieben Arbeitsplätzen ist in einer städtischen Liegenschaft am Wipkingerplatz 5 angesiedelt, die Zentralen Rückerstattungen im Verwaltungszentrum Werd und die Zentrale Abklärungs- und Vermittlungsstelle an der Strassburgstrasse 5.

Mit dem Bezug der Röschibachstrasse 24/26 können die Zentralen Rückerstattungen und die Zentrale Abklärungs- und Vermittlungsstelle ZAV, die heute im Verwaltungszentrum Werd bzw. an der Strassburgstrasse 5 tätig sind, mit den Einheiten aus dem Stammhaus örtlich zusammengeführt werden. Zudem kann das heute im Sozialzentrum Dorflinde untergebrachte Quartierteam Affoltern nach Wipkingen verschoben werden.

Zusammen mit den Arbeitsplätzen des Quartierteams Affoltern ergibt sich für das neue Sozialzentrum Wipkingerplatz an der Röschibachstrasse ein Bedarf von gut 180 Arbeitsplätzen. Unter Berücksichtigung einer angemessenen Arbeitsplatzreserve von etwa 10 Prozent, wird bei der Planung von rund 200 Arbeitsplätzen ausgegangen.

### **4. Raumstrategie**

Für das Vorhaben sprechen folgende raumstrategischen Überlegungen:

- Die Raumstrategie des Stadtrats sieht u. a. vor, die Arbeitsplätze der Verwaltung soweit als möglich in stadteigenen Liegenschaften unterzubringen. Wirtschaftlich unvorteilhafte Mieten sollen prioritär aufgegeben werden. Mit dem Bezug der Liegenschaft Röschibachstrasse lässt sich die heutige Fremdmiete von jährlich rund Fr. 750 000.– einsparen.
- Das heute genutzte Mietobjekt an der Hönggerstrasse ist dringend instandsetzungsbedürftig. Ein Ersatzstandort für das Sozialzentrum müsste dazu bereitgestellt werden.
- Die heutigen Standorte des Sozialzentrums Hönggerstrasse verfügen über keine Arbeitsplatzreserven. Auch bietet das Mietobjekt an der Hönggerstrasse keine Möglichkeiten, die an verschiedenen Standorten verstreuten Organisationsteile des Sozialzentrums unter einem Dach zusammenzufassen und auf diese Weise Synergien zu nutzen.

- Mit bloss zwei Quartierteams ist das Sozialzentrum an der Hönggerstrasse tendenziell zu klein. Die erforderlichen fachspezifischen Ressourcen können nicht für alle notwendigen Themen in ausreichender Form bereitgestellt werden. Mit der Nutzung der Liegenschaft Röschibachstrasse kann das Quartierteam Affoltern in den Sozialraum Unter-/Oberstrass-Wipkingen-Höngg verschoben, das Sozialzentrum Hönggerstrasse strategisch gestärkt und gleichzeitig die Liegenschaft des Sozialzentrums Dorflinde entlastet werden. Das Sozialzentrum Dorflinde wäre mittelfristig auf einen neuen, grösseren Standort angewiesen, könnte nicht eine Einheit (Quartierteam Affoltern) an einen anderen Standort verschoben werden.
- Am neuen Standort können das neue Betriebskonzept und die Raumstandards für städtische Büroarbeitsplätze (Bereitstellung kostengünstigerer, weil nutzerunabhängiger Arbeitsplätze) für die Sozialen Dienste der Stadt Zürich angewandt werden.

## 5. Raumprogramm

Das 1985 in Massivbauweise erstellte Mehrzweckgebäude ist in drei UG, sechs Vollgeschosse (einschliesslich EG) und ein Dachgeschoss gegliedert. Das Gebäude verfügt über Büroflächen (rund 5200 m<sup>2</sup> Nettogeschossflächen bzw. 3580 m<sup>2</sup> Nutzflächen), diverse Technik- und Lager Räume, ein Café / Restaurant, eine Tiefgarage (teilweise öffentlich), drei Aussenparkplätze und 23 Wohnungen.

Im EG befinden sich Büroflächen sowie das Quartiercafé Röschibach, im 1. Obergeschoss (OG) ausschliesslich Büroflächen. Im 2.–5. OG sind neben Büroflächen auch Wohnungen untergebracht. Das Dachgeschoss besteht aus Wohnungen und Technikräumen.

Neu wird das Sozialzentrum Wipkingenplatz das EG und das 1.–5. OG belegen. Anders als zu Projektbeginn angedacht, wird der Bereich Gesundheitsmanagement / Diversity (Case Management HRZ), derzeit im künftigen Verwaltungszentrum an der Eggbühlstrasse 21–25 untergebracht, nicht an die Röschibachstrasse ziehen.

Die Wohnungen bleiben bestehen und bilden eine eigenständige, betrieblich abgetrennte Einheit im Portfolio der Liegenschaftenverwaltung.

Geschoss	Räume	Nutzfläche (m <sup>2</sup> )	Bemerkungen
EG	Empfangsschalter, Intake, Infothek / Wartebereich, Sitzungs- und Besprechungsräume, Büros, Toiletten, Sanitätszimmer, Aufenthaltsraum	538	Öffentliche Zone mit Anlaufstellen und Besprechungsräumen für Beratungsgespräche mit Klientinnen und Klienten.
1. OG	Infothek / Wartebereich, Besprechungsräume, Büros, Serviceräume, Archiv / Lager, Toiletten	810	Die Besprechungszone (für Beratungsgespräche mit Klientinnen und Klienten) ist von der verwaltungsinternen Bürozone räumlich getrennt, jedoch zugänglich (halb-öffentliche Zone / geschlossene Bürozone).
2. OG	Büros, Sitzungszimmer, Serviceräume, Archiv / Lager, Toiletten	558	Die Obergeschosse 2–5 sind als reine Bürozonnen konzipiert und nur für Mitarbeitende zugänglich (geschlossene Bürozonnen). Grundsätzlich werden die Büroflächen offen und flexibel nach der Idee des neuen «Betriebskonzepts und Raumstandards für Büroarbeitsplätze» (STRB Nr. 884/2015) gestaltet. In enger Zusammenarbeit mit den Nutzungsvertretenden wird das Bürolayout die Bedürfnisse berücksichtigen.
3. OG	Büros, Sitzungszimmer, Serviceräume, Archiv / Lager, Toiletten	558	
4. OG	Büros, Sitzungszimmer, Teamraum, Serviceräume, Archiv / Lager, Toiletten	558	
5. OG	Büros, Sitzungszimmer, Serviceräume, Archiv / Lager, Toiletten	558	
<b>Total</b>		<b>3580</b>	

Für das Sozialzentrum werden drei Parkplätze für Kundinnen und Kunden, Lieferfirmen und gehbehinderte Klientinnen und Klienten bereitgestellt. 13 Parkplätze stehen den Bewohnerinnen und Bewohnern des Wohnteils zur Verfügung.

## **6. Gegenstand der Planung**

Mit einer umfassenden Instandsetzung sowie verschiedenen Umbau- und Ausstattungsmassnahmen soll das Gebäude Röschibachstrasse 24/26 für einen weiteren Nutzungszyklus von 30 Jahren gebrauchstauglich gemacht werden.

Im Wesentlichen sind folgende Massnahmen vorgesehen:

### *Rohbau*

- Statische Massnahmen zur Gewährleistung der Erdbebensicherheit
- Einbau eines neuen Fluchttreppenhauses zur Gewährleistung der Fluchtwegansforderungen
- Rückbau eines Spezial-Treppenhauses des ehemaligen Bankbetriebs
- Verbindung der Bürogeschosse über beide Gebäudeabschnitte
- Prüfung und Sanierung der Kanalisation

### *Gebäudetechnik*

- Erneuerung der Gebäudetechnik einschliesslich Verteilung
- Anpassung der Wärmeerzeugung
- Ersatz der Elektro- und Sanitärverteilung einschliesslich Beleuchtung
- Erneuerung der Brandschutz- und Sicherheitstechnik sowie der Gebäudeautomation an die aktuellen Anforderungen und Bedürfnisse des Betriebs
- Instandhaltung oder Ersatz der Liftanlagen

### *Gebäudehülle*

- Erneuerung der Fassaden im Publikumsbereich und bei den Treppenhäusern
- Ersatz der Fenster und des Sonnenschutzes in den Bereichen des Sozialzentrums
- Instandhaltungsmassnahmen an der Fassade und am Dach (einschliesslich Dachflächenfenster im Bereich der Wohnungen)
- Prüfung von Solarnutzung nach Vorliegen des Gebäudetechnikkonzepts

### *Innenausbau*

- Rückbau der zurückgelassenen Ausbauten und Materialien
- Ersatz der inneren Oberflächen
- Anpassung der Raumeinteilung (Büros) an das «Betriebskonzept und Raumstandards für Büroarbeitsplätze» (STRB Nr. 884/2015) und nach Rücksprache mit den Nutzungsvertretern
- Schadstoffsanierung (ohne Dachbereich)
- Nachrüstung der Bereiche der Parkierung gemäss den aktuellen Brandschutzanforderungen
- Rückbau des Café-/Restaurantbetriebs und Ausbau zur Integration in den Betrieb des Sozialzentrums

### *Umgebung*

- Sanierung der Zufahrt
- Anpassung und Rückbau von Gebäudetechnikelementen in der Umgebung
- Neugestaltung der Grünflächen der Umgebungsanlagen
- Neugestaltung des Eingangsbereichs für das Sozialzentrum (Arkade)

### *Wohnungen*

Folgende bauliche Massnahmen sind für die sich im Portfolio der Liegenschaftenverwaltung befindenden Wohnungen vorgesehen bzw. deren Bedarf ist in der weiteren Projektierung zu klären:

- Instandhaltung von Fassade, Fenstern, Bedachung und Sonnenschutz
- Brandschutzmassnahmen gemäss behördlichen Auflagen
- Einbau eines Fehlerstrom-Schalters (Personenschutz)
- Sicherheitsbeleuchtung im Treppenhaus
- Spülen der Bodenheizung
- Reinigung der Abluftkanäle
- Reinigung der Abwasserleitungen
- Bereitstellung und Einrichtung eines Veloabstellraums zur ausschliesslichen Nutzung durch Bewohnende
- Verlegung der Kellerabteile der Wohnungen im UG
- Einbau einer separaten Schliessanlage für den Bereich der Wohnungen

An weiteren baulichen Massnahmen in den Schnittstellenbereichen oder infolge Miteigentümerschaft beteiligt sich die Liegenschaftenverwaltung anteilig anhand eines definierten Kostenschlüssels. Der Verteilschlüssel gilt bis zur Bewilligung des Objektkredits. Der Kostenteiler wird mit dem Kostenvoranschlag nach Bauprojekt revidiert und bei Bedarf angepasst.

## **7. Kosten**

Die Baukosten wurden zum Zeitpunkt des Liegenschaftenerwerbs durch Immobilien Stadt Zürich (vgl. Weisung GR Nr. 2013/413) auf etwa 10 Millionen Franken geschätzt (ohne Reserven, Basis Grobkostenschätzung, ohne Zustandsanalyse). Die detaillierte Zustandsanalyse zeigte jedoch auf, dass der Instandsetzungs- und Umbaubedarf grösser ist, als ursprünglich aufgrund von Richtwerten angenommen wurde. Gemäss aktuellem Planungsstand werden die Erstellungskosten (Zielkosten) auf rund 28 Millionen Franken geschätzt (ohne Reserven, einschliesslich Mehrwertsteuer), was einschliesslich Reserven einen Ausführungskredit in der Höhe von rund 33 Millionen Franken nach sich ziehen wird. Gründe für die Kostenentwicklung sind:

- Erweiterung des Projektperimeters (insbesondere UG)
- Höhere Eingriffstiefe als ursprünglich vorausgesetzt, um das Gebäude betriebstauglich herzurichten und eine frühe Instandsetzung mit teuren Umzügen / Rochaden und Betriebsstörungen zu vermeiden
- Ersatz der Fenster und Sonnenstoren (im Bereich Sozialzentrum)
- Aufwertung der HLKS-Anlagen in neuwertigen Zustand

- Umfassendere Brandschutzmassnahmen gemäss behördlichen Auflagen
- Mehrinvestitionen für ein nutzungsflexibles Bürokonzept. Die heutige Praxis der Bereitstellung von Büroräumen für die Stadtverwaltung ist auf die spezifischen Arbeitsbedürfnisse der Nutzenden ausgerichtet und somit kostentreibend. Mit der Umsetzung des «Betriebskonzepts und Raumstandards für Büroarbeitsplätze» (STRB Nr. 884/2015) wird ein Paradigmenwechsel zu einer nutzungsneutralen Bereitstellung von Arbeitsplätzen erfolgen. Die Räume sollen dem Bedarf der Nutzenden gerecht werden, wobei in den einzelnen Räumen nicht mehr die jeweiligen Spezialbedürfnisse abgebildet werden sollen. Um dem zunehmenden Bedürfnis nach Teilzeitarbeit, Mobilität und Home Office zu entsprechen, sollen künftig flexibel nutzbare und nicht mehr fix zugeteilte Arbeitsplätze entstehen. Dadurch wird die gebaute Infrastruktur optimal und effizient ausgenutzt und den Mitarbeitenden eine grosse Auswahl an Arbeitsmöglichkeiten angeboten. Das geplante nachhaltige Raumprogramm bedingt an der Röschibachstrasse einen Wechsel von der bestehenden Kleinbürostruktur zu einer offenen Raumstruktur mit Teamzonen. Das ist mit dem Rückbau des Innenausbaus auf Rohbau und anschliessendem Neubau der Infrastruktur verbunden. Die Investitionen von heute ermöglichen aber Einsparungen in Zukunft: Organisationsänderungen der Nutzenden können ohne bauliche Massnahmen umgesetzt werden. Bei Umzügen entfallen teure Umbaumassnahmen, zudem werden keine Möbel, sondern nur noch Akten verschoben. Aufgrund vieler Teilzeitangestellten und geteilter Arbeitsplätze unterstützt das Sozialzentrum diese Raumstruktur. Im SZ Höggerstrasse ist sie bereits heute in Anwendung.
- Darüber hinaus soll an der Röschibachstrasse ein neues Bürozonkonzept realisiert werden. Es beschränkt die öffentlich zugänglichen Bereiche des Sozialzentrums auf den Eingangsbereich und eine zentralisierte Besprechungszimmer-Infrastruktur im 1. OG. Die übrigen Geschosse sollen als reine Bürozone für die Öffentlichkeit nicht zugänglich sein. Dadurch kann die Sicherheit im ganzen Gebäude ohne grosse bauliche Massnahmen markant erhöht werden. Das Sicherheitskonzept wurde in Zusammenarbeit mit der Stadtpolizei entwickelt.

Für die Ausarbeitung eines Bauprojekts einschliesslich vertiefte Zustandsanalyse bewilligte der Stadtrat im März 2016 einen Projektierungskredit von Fr. 1 750 000.–. Um unter Berücksichtigung der geänderten Rahmenbedingungen die Planung bis zur Erarbeitung des detaillierten Kostenvoranschlags (Kostengenauigkeit  $\pm 10$  Prozent) weiterführen zu können, sowie für das Baubewilligungsverfahren und die Vorbereitung der Ausführung, wird dem Gemeinderat eine Erhöhung des Projektierungskredits um Fr. 1 850 000.– auf Fr. 3 600 000.– beantragt:

	<b>bewilligt 30. März 2016</b>	<b>Erhöhung</b>	<b>Total</b>
Architektur-Leistungen	630 000	570 000	1 200 000
BauingenieurInnen-Leistungen	60 000	60 000	120 000
ElektroingenieurInnen-Leistungen	70 000	170 000	240 000
HLKKS-IngenieurInnen-Leistungen	120 000	90 000	210 000
Bauphysik / Akustik	40 000	40 000	80 000
Spezialistinnen / Spezialisten und Diverse	250 000	150 000	400 000
Planerwahlverfahren	50 000	0	50 000
Zustandsanalyse Bereich Wohnungen	100 000	0	100 000
Projektmanagement AHB	170 000	200 000	370 000
Nebenkosten, Bewilligungen, Gebühren	180 000	450 000	630 000
Reserve / Rundung	80 000	120 000	200 000
<b>Total Projektierungskredit</b>	<b>1 750 000</b>	<b>1 850 000</b>	<b>3 600 000</b>

Im Projektierungskredit sind auch die Kosten für die Erarbeitung einer Machbarkeitsstudie mit Zustandsanalyse zur Definition der Eingriffstiefe und der Schnittstellen zwischen Büro- und Wohnteil enthalten. Der Perimeter dieser Untersuchung umfasste die gesamte Liegenschaft, wobei sich der Kostenanteil der Liegenschaftsverwaltung für den Wohnbereich auf Fr. 100 000.– beläuft.

Der erforderliche Baukredit von rund 33 Millionen Franken (einschliesslich Reserven) wird der Gemeinde zusammen mit dem Antrag zur Übertragung des von der Stadtverwaltung genutzten Liegenschaftenteils vom Finanz- ins Verwaltungsvermögen unterbreitet. Aufgrund der Mietzinserträge und der Flächen wurde der Kaufpreis von 34,7 Millionen Franken stadintern im Verhältnis 83 Prozent (Büros) zu 17 Prozent (Wohnen) aufgeteilt (GR Nr. 2013/413, Ziff. 6). Die Übertragung des durch Wohnungen belegten Liegenschaftenteils ins Verwaltungsvermögen erfolgt im Rahmen der Umsetzung der Volksinitiative «Für bezahlbare Wohnungen und Gewerberäume in der Stadt Zürich» (STRB Nr. 1049/2016, Dispositiv-Ziff. III., 5. und 6., GR Nr. 2016/453).

## **8. Termine**

Bauprojekt mit detailliertem Kostenvoranschlag bis	Mai 2018
Volksabstimmung	3. Quartal 2019
Baubeginn	Ende 2019
Abschluss, Bezug bis	Ende 2021

## **9. Budgetnachweis**

Die Projektierungskosten sind im Budget 2017 enthalten. Das Bauvorhaben ist im Aufgaben- und Finanzplan 2017–2020 vorgemerkt.

## **10. Zuständigkeit**

Die Erhöhung des Projektierungskredits ist dem Gemeinderat zu beantragen, der gemäss Art. 41 lit. c der Gemeindeordnung (AS 101.100) zuständig ist für die Bewilligung von einmaligen neuen Ausgaben in der Höhe von 2 bis 20 Millionen Franken.

**Dem Gemeinderat wird beantragt:**

**Für die Ausarbeitung eines Bauprojekts mit Kostenvoranschlag, das Baubewilligungsverfahren und die Vorbereitung der Ausführung für die Instandsetzung und den Umbau der Liegenschaft Röschibachstrasse 24/26, 8037 Zürich, für das Sozialzentrum Hönggerstrasse (künftig Sozialzentrum Wipkingerplatz) wird der vom Stadtrat am 30. März 2016 bewilligte Projektierungskredit von Fr. 1 750 000.– um Fr. 1 850 000.– auf Fr. 3 600 000.– erhöht.**

**Die Berichterstattung im Gemeinderat ist dem Vorsteher des Hochbaudepartements sowie dem Vorsteher des Sozialdepartements übertragen.**

Im Namen des Stadtrats

die Stadtpräsidentin

**Corine Mauch**

die Stadtschreiberin

**Dr. Claudia Cuche-Curti**